

Die Atomaufsicht des Landes muss vollständig für die Vorkommnisse im Fall Urenco informieren! (Plenarsitzung vom 24.03.2010)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Brockes. – Der Abgeordnete Sagel, fraktionslos, ist an der Reihe.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Tat mehr als fragwürdig und ein Skandal, was bei der Urananreicherungsanlage in Gronau abgelaufen ist.

Als Erstes hat man die nicht wirklich überraschende Stellungnahme des Betreibers gehört. Ich zitiere: „Es hat zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Bevölkerung bestanden.“ Das ist der übliche Sprech, den man bei solchen Atomunfällen immer wieder erlebt. Wir haben feststellen müssen: Die Realität sah etwas anders aus. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir konstatieren, dass Urenco und Aufsichtsbehörde versagt haben. Das geht auch an die Landesregierung, das geht auch an die Wirtschaftsministerin und das geht an die, die Verantwortung für diesen Unfall tragen.

Wir erleben – und das schon seit Jahren –, dass die Atomdiskussion weitergeführt wird. Wir reden über längere Laufzeiten. Wir reden über einen Ausbau der Urananreicherung auch in Deutschland. Wir wissen selber, dass die UAA in Gronau wichtig für den Brennstoffkreislauf ist. Ohne die UAA können Atomkraftwerke nicht betrieben werden – und das hier in Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist Nordrhein-Westfalen Atomland.

Das ist es auch wegen des Atommüllzwischenlagers in Ahaus. Denn das ist die große Problematik, die mit der ganzen Angelegenheit insgesamt verbunden ist. Wir haben nach wie vor völlig ungeklärte Verhältnisse, was mit dem hoch radioaktiven Müll auf Dauer passieren soll. Wir haben Skandale wie in der Asse erlebt. Wir haben nach wie vor kein Endlager. Wir betreiben hier eine Hochsicherheitstechnologie ohne eine Lösung. Wir müssen aber eine sichere Lösung für Tausende von Jahren finden.

Man muss sich auch wirtschaftspolitisch etwas intensiver mit der ganzen Angelegenheit befassen und fragen: Wer ist eigentlich der Betreiber dieser Anlage? – Die Urenco-Gruppe. Ein Drittel dieses Unternehmens ist in niederländischer Hand, ein Drittel in britischer Hand. Das verbleibende Drittel unterhalten RWE und E.ON.

Wenn man sich das genauer vor Augen führt, dann stellt man fest: Wieder sind die Energiemonopole, wieder sind die großen Stromgiganten für die Atomsicherheit in Deutschland verantwortlich zu machen. Gerade die beiden Konzerne E.ON und RWE stehen für einen Ausbau und für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Sie fordern Laufzeitverlängerungen. Sie stehen

auch dafür, dass Atommüll, Uranhexafluorid und anderes, nach Russland transportiert und dort unter freiem Himmel gelagert wird.

All das ist ein Skandal. All das ist etwas, was die Landesregierung eigentlich zum Thema machen müsste. Sie müsste dafür sorgen, dass so etwas nicht passiert und dass diese Anlagen endlich stillgelegt werden. Das fordert Die Linke. Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomtechnologie, aus dem Betrieb von Atomkraftwerken. Wir fordern hier in Nordrhein-Westfalen den Ausstieg aus der Urananreicherung in Gronau. Wir fordern die Stilllegung der Anlage. Wir fordern: keine weiteren Atommülltransporte nach Ahaus! Wir fordern auch, dass keine Atommülltransporte in Nordrhein-Westfalen mehr stattfinden. Das sind klare Äußerungen.

Wir müssen allerdings konstatieren, dass auch SPD und Grüne immer wieder dafür gesorgt haben, dass Atomanlagen ausgebaut worden sind, was auch für die UAA in Gronau gilt.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, als Nächste spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben.